

## Redaktioneller Teil

### Buchhändler-Verband „Kreis Norden“ e. V.

Die 48. ordentliche Hauptversammlung des Buchhändler-Verbandes »Kreis Norden« e. V. findet in Malente (Ostholstein) am Sonntag, dem 17. August 1930, vormittags 11 Uhr, im Großen Saale des »Hotels am Brahmberg« statt.

Etwaige Anträge sind bis spätestens 27. Juli beim unterzeichneten Vorstand einzureichen.

Die Tages- und Festordnung wird den Mitgliedern mit dem Jahresbericht durch das Nachrichtenblatt des Buchhändler-Verbandes »Kreis Norden« bekanntgemacht werden.

Hamburg, den 15. Juli 1930.

Der Vorstand des Buchhändler-Verbandes »Kreis Norden« e. V.

Waldemar Heldt, 1. Vorsitzender.

Fr. W. Thaden, 1. Schriftführer.

### Gegen den Abbau der Kulturetats.

Auf Grund der Verhandlungen der letzten Hauptversammlung hat der Börsenverein in diesen Tagen die nachstehend wiedergegebene Eingabe an das Reichsministerium des Innern in Berlin gerichtet. Zugleich ist davon sämtlichen Staatsregierungen der Länder Kenntnis gegeben worden mit der Bitte, die Anregungen des Börsenvereins in die Wirklichkeit umzusetzen. Wo der Wunsch besteht, daß die Eingabe auch noch an Stadtverwaltungen gerichtet werden soll, wären entsprechende Wünsche bei der Geschäftsstelle anzumelden.

9. Juli 1930.

An das

Reichsministerium des Innern  
Berlin NW 40  
Platz der Republik 6.

Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler hat schon am 14. Januar 1929 an den Preussischen Landtag die Bitte gerichtet, von der damals beabsichtigten Kürzung der Bibliotheken-Etats Abstand zu nehmen. Die Eingabe ist dem Preussischen Staatsministerium seinerzeit als Material überwiesen worden. Am 8. Juli 1929 ist dem Preussischen Landtag erneut eine Eingabe in gleicher Angelegenheit zugeleitet worden, die auf einer einstimmig angenommenen Entschließung der Hauptversammlung des Buchhändler-Verbandes Hannover-Braunschweig vom 16. Juni 1929 beruhte. Auch diese ist seinerzeit dem Preussischen Staatsministerium als Material überwiesen worden. Ebenso hat der 25. Deutsche Bibliothekartag in Königsberg i. Pr. am 24. Mai 1929 einstimmig in einer Entschließung gegen die Kürzung der Bibliotheken-Etats und insbesondere der Mittel der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Stellung genommen. In ähnlicher Weise haben sich verschiedentlich die Ständevertretungen der Lehrerschaft gegen die Kürzung der Etats für Lehrmittelbeschaffung gewandt. Erfreulicherweise sind auch in den letzten Haushaltsauschüßberatungen des Reichstages Äußerungen gegen die Streichungen an den Kulturetats laut geworden. Der Abgeordnete D. Mumm hat geradezu einen Antrag gestellt, in dem die Reichsregierung ersucht wird, zum frühestmöglichen Zeitpunkt im Rahmen des Erforderlichen die in den letzten Jahren eingetretene Ausgabenverminderung für kulturelle Zwecke wieder rückgängig zu machen und zu diesem Zweck einen Ergänzungsetat vorzulegen. Der Berichterstatter für den Etat des Auswärtigen Amtes Abgeordneter Frhr. von Freytagh-

Loringhoven bemängelte insbesondere die Ausgaben zur Pflege kultureller Beziehungen zum Auslande und zur Förderung des deutschen Schulwesens im Auslande als zu niedrig und völlig unzureichend. Frankreich verwende dafür 16,6% seiner Gesamtausgaben, Deutschland aber nur 12%. Auch die diesjährige Kantateversammlung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler hat erneut zu den Fragen Stellung genommen und in einer einstimmig angenommenen Entschließung ihre Warnung vor überstürzten Kürzungen der Mittel für Bücherei- und Lehrmittelbeschaffung wiederholt.

Indem wir uns alles das einmal in Erinnerung zu rufen erlauben, möchten wir zunächst selbst nur auf Grund einer solchen Auswahl von Äußerungen verschiedenster Art die übereinstimmende Überzeugung aller Beteiligten und Berufenen feststellen, daß, bei aller Sparsamkeit sonst, pfleglichste Behandlung gerade der Kulturetats unerlässliche Pflicht ist. Wir erlauben uns im Anschluß daran noch auf folgendes aufmerksam zu machen.

Die Aufwendungen in Reich, Ländern und Gemeinden für Schulwesen, Wissenschaft und Kunst, die man zum Maßstab für die Beurteilung der Gesamtlage machen kann, sind zwar, wie die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik zeigen, im ganzen absolut gegenüber der Vorkriegszeit ebenfalls erheblich gestiegen, relativ aber doch hinter dem Anwachsen der Gesamtbelastung zurückgeblieben. 1913/14 betragen sie noch 18,3%, schon 1927/28 dagegen nur noch 14,6%. Inzwischen dürfte sich das Verhältnis noch weiter verschlechtert haben. An dem Gesamtaufwand waren 1927/28 die Länder (ohne Hansestädte) mit 49,4% beteiligt, die Gemeinden und Gemeindeverbände mit weiteren 45,8%. Auf die Etatgestaltung bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden kommt es also in erster Linie an. Für die Länder ist die Belastung relativ gestiegen. Sie betrug 1913/14 nur 26,7% des Gesamtaufwandes, 1927/28 aber 33,9%. Dagegen ist für die Gemeinden und Gemeindeverbände eine rückläufige Tendenz nachweisbar. Die Aufwendungen für Schulwesen, Wissenschaft und Kunst machten für 1913/14 noch 28,9%, 1927/28 aber nur mehr 17,7% des Gesamtetats aus. Der Rückgang ist hier noch bedeutend größer als im Reichsdurchschnitt. Die Etatgestaltung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden verdient demnach ganz besondere Aufmerksamkeit.

Die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik belegen nun des weiteren, daß in der inneren Zusammensetzung der Etatpositionen entsprechende Verschiebungen vor sich gehen. Das absolute Ansteigen der Aufwendungen wird überall in erster Linie und bei weitem überwiegend durch die Personalausgaben hervorgerufen. Die sachlichen Ausgaben, zu denen gerade die für Büchereien und Lehrmittel gehören, bleiben demgegenüber stark zurück und ihr relativer Anteil am Gesamtetat wird infolgedessen immer geringer. Zahlenmäßig ergibt sich beispielsweise für die Länder (ohne Hansestädte) folgendes Bild:

	Persönl. sachl. Ausgaben	
	in % vom reinen Finanzbedarf.	
a) Allgemeine Schulverwaltung	1913/14: 79,1%	20,2%
	1927/28: 87,1%	12,8%
b) Volks- und Fortbildungsschulen	1913/14: 18,3%	0,2%
	1927/28: 52,5%	1,2%
c) Mittlere und höhere Schulen	1913/14: 74,3%	10,4%
	1927/28: 86,2%	9,1%
d) Fach- und sonstige Schulen	1913/14: 54,4%	24,5%
	1927/28: 69,1%	13,3%
e) Hochschulen	1913/14: 45,5%	34,2%
	1927/28: 47,9%	37,4%